

Ansprache der Thüringer Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht anlässlich der Gedenkveranstaltung des Thüringer Landtags zum 50. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR

Erfurt, 17. Juni 1953

Wer den Thüringer Landtag über den Eingang an der Arnstädter Straße betritt, der trifft im Foyer auf einen Wunsch Ricarda Huchs. Er lautet: "Es sei dem Lande Thüringen beschieden, dass niemals mehr im wechselnden Geschehen ihm diese Sterne untergehen: Das Recht, die Freiheit und der Frieden." Ricarda Huch war Alterspräsidentin der Beratenden Landesversammlung, die am 12. Juni 1946 zusammentrat. Die Hoffnung, die durch die hoch angesehene Schriftstellerin und Historikerin hier formuliert wurde, ist nur allzu bald enttäuscht worden. Schon die Wahlen zum Thüringer Landtag im Herbst 1946 waren nicht wirklich frei.

Im Sommer 1953 gab es kein Thüringen mehr, keinen Rechtsstaat und keine Freiheit, und das SED-Regime führte - gestützt auf die Bajonette der sowjetischen Besatzungsmacht - seit Jahren einen zermürbenden und 1952 durch den so genannten "Aufbau des Sozialismus" noch einmal intensivierten Kleinkrieg gegen die eigene Bevölkerung: gegen Gewerbetreibende, gegen Grenzbewohner, gegen Landwirte, gegen die Kirche, gegen Andersdenkende ... Die Reihe ließe sich fortsetzen

Das war selbst der Besatzungsmacht offensichtlich zu viel: Nach dem Ableben Stalins sollten die Zügel durch den so genannten "Neuen Kurs" etwas gelockert werden. Das herrschende Regime zeigte einen historischen Augenblick Schwäche und belastete gleichzeitig zusätzlich die Arbeiter. Jetzt brachen die Dämme; der seit Jahren aufgestaute Unmut ergoss sich über die Herrschenden in der DDR und erwischte sie kalt. Es gibt keinen Zweifel: Sie wären hinweggespült worden, hätte die Besatzungsmacht nach kurzem Zuwarten nicht rigoros und blutig durchgegriffen.

Wie nicht zuletzt die Geschichtswerkstatt Jena zusammengetragen hat, gingen Besatzungsmacht, Staat und Partei allein in Thüringen in 189 Städten und Gemeinden gegen Bürgerinnen und Bürger vor. Von Alperstedt im Landkreis Sömmerda bis Zwinge im Eichsfeld. Vermutlich sind es noch mehr Orte. Denn als Reaktion auf Veröffentlichungen - sei es der Geschichtswerkstatt, der Landeszentrale für politische Bildung, der Thüringer Medien oder des Beauftragten für die Stasiunterlagen - kommen regelmäßig Anrufe mit der Frage: Wieso ist unser Ort denn nicht dabei?

Diese Geschichten sind wichtig - gerade im Blick auf das Gespräch zwischen den Generationen von dem es in diesen Tagen gute Beispiele gibt. Sie müssen weitergeführt werden.

In den vielen Veröffentlichungen, die von wissenschaftlicher Seite zu diesem 50. Jahrestag vorgelegt werden, aber auch in Veröffentlichungen staatlicher Institutionen und vor allem in den Wortmeldungen der Zeitzeugen sehe ich deshalb Impulse, Anregungen, sich vor Ort, in den Städten und Dörfern mit der Geschichte des 17. Juni 1953 auseinander zu setzen. Denn bereits jetzt zeigt sich: Wer genau hinsieht, erkennt, wie vielfältig dieser Protest war, wie umfassend die sozialistische Umwälzung die Lebenswirklichkeit der Menschen beeinträchtigt

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

und deformiert hatte, um sie nach ideologischen Schablonen neu zu formieren - kurz: was dieser stalinistische Sozialismus für die vielen Einzelnen bedeutete!

Selbstverständlich gab es bei allen Unterschieden für das jeweils persönliche Lebensschicksal auch viele Gemeinsamkeiten: Forderungen zur Verbesserung der oftmals miserablen sozialen Lage und der Arbeitssituation gehörten dazu, politische Gefangene sollten freigelassen werden. Die Symbole der Macht, so genannte "Sichtpropaganda" - Politikerbilder und Parolen - wurden zerstört, Behörden, Parteibüros und Polizeireviere gestürmt.

Und es gab die alles überwölbende Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen - also für Freiheit, Demokratie und Einheit.

Vor allem aus diesem Grund gehört der 17. Juni 1953 an ganz zentraler Stelle in das kollektive Gedächtnis unserer Nation. Er ist Teil unserer Freiheitsgeschichte. Wir müssen sie gerade deshalb erinnern, weil sie eine vielfach unterbrochene, von Rückschlägen nicht freie Geschichte ist. Wir sollten sie erinnern, weil sie zugleich Teil der europäischen Freiheitsgeschichte ist. Wir denken dabei an Ungarn 1956, den Prager Frühling 1968, Polen und die Solidarnosc 1980 und an die friedlichen Revolutionen 1989.

Es ist schon bemerkenswert, wie sich die Bilder gleichen. Immer ging es um Freiheit und nationale Selbstbestimmung. Beides wollten sich die Bürgerinnen und Bürger nicht nehmen lassen. Sie waren eben nicht bereit, sich die eine Freiheit um das Linsengericht diverser kleiner Freiheiten abkaufen zu lassen, die die Obrigkeit gewähren und genauso gut wieder entziehen kann.

Es ging nie nur um Konzessionen, sondern im Letzten immer um die Freiheit als Prinzip. Recht, Freiheit und Friede - so wie Ricarda Huch sie 1946 gewünscht hat - mochten verdunkelt sein; untergegangen sind sie nie, weil Menschen die Sehnsucht nach ihnen bewahrt haben. Und so waren diese Forderungen auch 1989 wieder da in den damaligen thüringischen Bezirken der DDR wie im ganzen Land: "Wir sind das Volk" und "Wir sind ein Volk". Die SED hat diesen Zusammenhang sehr wohl begriffen - und wie nichts sonst gefürchtet. Denn immer wieder fanden sich Menschen, die sich nicht unterkriegen ließen, in den Kirchen, wie Aribert Rothe, oder in der Kunst, wie Freya Klier. "Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?" fragte Erich Mielke seine Stasi-Genossen am 31. August 1989. Die Geschichte hat schnell geantwortet.

Aber die Freiheit und der Kampf um die Freiheit hatten einen hohen Preis. Und er war im Sommer 1953 sehr hoch. Und auch in den Jahren danach. Der Journalist Karl Wilhelm Fricke hat ihn bezahlt. Sie, Herr Fricke, haben nach Jahren der Haft in Bautzen nicht geschwiegen, sondern zu Recht haben Sie immer wieder an politische Verfolgung und vor allem die politisch Verfolgten, an Opfer und Widerständler erinnert. Aber auch Männer wie Walter Scheler haben diesen Preis entrichtet. Sie, sehr geehrter Herr Scheler, hatten bereits durch Ihre Zwangsaussiedlung 1952 erfahren, was es hieß, der Willkürherrschaft wehrlos ausgeliefert zu sein. Es folgte Verurteilung zu 25 Jahren Arbeitslager, von denen er sieben Jahre im Zuchthaus Bautzen absitzen musste.

Der Freistaat Thüringen und insbesondere auch die Abgeordneten des Thüringer Landtags haben nach 1990 immer wieder die Initiative ergriffen, den Opfern des SED-Regimes zur Seite zu stehen; so weit es möglich war mit landesrechtlichen Regelungen und auch auf Bundesebene mit Initiativen über den Bundesrat. Manches haben wir dabei erreicht, aber befriedigen kann es nicht. Auch das gehört zur Wahrheit an einem solchen Tag. Gerade angesichts des Gedenkens in diesen Tagen dürfen wir nicht nachlassen in unserem Bemühen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

um späte Gerechtigkeit gegenüber den Opfern kommunistischen Terrors und Gewaltherrschaft.

Die Biografien von Karl Wilhelm Fricke und Walter Scheler stehen beispielhaft für viele, die während und nach dem 17. Juni in die Mühlen der Strafverfolgung gerieten. Doch das war noch nicht das Äußerste: Mindestens 125 Personen, vermutlich mehr, sind unmittelbar durch sowjetische Truppen oder Volkspolizei getötet worden, die jüngsten gerade 15 Jahre alt. Es folgten Standgerichtsverfahren durch sowjetische Militärtribunale.

Hunderte wurden zu Arbeitslager oder Zuchthaus verurteilt und landeten zum Teil in den Zwangslagern des Archipel Gulag. Wie viele in Schnellverfahren verurteilt und hingerichtet wurden, ist noch nicht endgültig geklärt und wird sich möglicherweise nicht klären lassen. 18 vollstreckte Urteile sind bisher bekannt, darunter vier aus Thüringen.

Es waren dies:

- Alfred Diener, Schlosser aus Jena, 26 Jahre alt. Erschossen am 18. Juni 1953 in Weimar.
- Herbert Stauch, Unternehmer aus Rudolstadt, 36 Jahre alt. Erschossen am 18. Juni 1953 in Magdeburg.
- Axel Schäger aus Apolda, 17 Jahre alt. Erschossen am 20. Juni 1953 in Apolda.
- Günter Schwarzer, Unterleutnant der Kasernierten Volkspolizei. Erschossen am 20. Juni 1953 in Gotha.

Sie seien stellvertretend für die Opfer des 17. Juni und politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR genannt. Ihrer wollen wir uns heute erinnern. Wir schulden ihnen viel - zuallererst Dank, aber auch die Erkenntnis, dass Freiheit keine Selbstverständlichkeit sondern immer ein wertvolles und teuer erkaufte Gut ist. Ich darf Sie bitten, sich für eine Minute des Gedenkens von Ihren Plätzen zu erheben.

Ich danke Ihnen. Wir werden alle Opfer des 17. Juni auch in unser Gedenken hineinnehmen, wenn wir am Ende unserer Veranstaltung frei und wiedervereint das "Lied der Deutschen" singen. Es war auch ihr Traum; der Traum derjenigen, um es mit Hans Maier zu sagen "die alles wagten, die Freiheit wollten um jeden Preis".

Ich darf jetzt Sie, Herr Ministerpräsident Althaus, um Ihr Wort an uns bitten.

[Quelle: www.landtag.thueringen.de/info/reden2003/rede2003_6.htm]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---